

N i e d e r s c h r i f t

über die 8. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom
10.09.2015
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789
Monheim am Rhein
Beginn: 17:03 Uhr
Die Sitzung wird von 19:52 Uhr bis 21:34 Uhr für
die Sondersitzung des Rates unterbrochen.
Ende: 22:08 Uhr
Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Frau Janne Koch

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

Frau Lisa Pientak

Herr Holger Radenbach

Herr Lucas Risse

Frau Laura Töpfer

Vertretung für Herr Benedikt Reich

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Herr Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Herr Alexander Schumacher

Anwesend ab 21:34 Uhr

Vertretung für Herr Werner Goller bis 19:52
Uhr

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

FDP

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Sonja Baumhauer
Herr Martin Frömmer
Herr Friedhelm Haussels
Herr Peter Heimann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Georg Mittmann
Frau Sabine Noll
Frau Christiane Schärfke
Herr Thomas Waters
Herr Thomas Zitzmann

stellv. Schriftführer

Herr Anton Weber

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Benedikt Reich

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -
3. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
 - 3.1. Betreuung Grundschüler
 - 3.2. Verkehrsregelung Birkenweg
4. Einwohneranregung gem. § 24 GO NRW vom 25.08.2015 – Rücknahme der Aufhebung der Einbahnstraßenregelung auf dem Birkenweg IX/0488
5. .Einwohneranregung gem. § 24 GO NRW vom 8. Juni 2015 - Bedarfsabfrage Halbtagsbetreuung bis 14 Uhr IX/0479
6. Neue Rechnungsprüfungsordnung IX/0442
7. Neue Dienstanweisung für die Rechnungsprüfung IX/0443

8.	Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Monheim am Rhein 2010	IX/0475
9.	Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 / Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses	IX/0459
10.	Regelung der Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 I GemHVO NRW	IX/0426
11.	Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2013	IX/0474
12.	Unterjähriger Bericht zum Stichtag 30.06.2015 - Gesamtverwaltung und Querschnittsbereiche	IX/0464
13.	Auftrag zur Planung einer Sporthalle auf der BSA Waldbeerenberg	IX/0460
14.	Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Kanalauswechslung Hauptstraße	IX/0451
15.	Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Kanalbaumaßnahme Bypass Rathausparkplatz	IX/0463
16.	Annahme einer Schenkung	IX/0431
17.	Neubau der Kindertagesstätte am Allwetterbad -Baubeschluss-	IX/0375
18.	1. Änderung der "Förderrichtlinien Fassadenprogramm der Stadt Monheim am Rhein"	IX/0432
19.	2. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die äußere Gestaltung der Gebäude zum Schutz und zur Aufwertung der historischen Gestalt der Monheimer Altstadt"	IX/0433
20.	Adventsaktionen in der Monheimer Innenstadt	IX/0478
21.	Mündliche Mitteilungen	
22.	Fertigstellung Krischerstraße Baumaßnahmen auf der Hauptstraße Mündliche Anfragen	

SITZUNGSERGEBNIS:

Öffentliche Sitzung:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift der Sitzung vom 17.06.2015 zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner.

3.1 Betreuung Grundschüler

Protokoll:

Es meldet sich eine Bürgerin aus der betroffenen Elternschaft zum Thema 13+-Betreuung zu Wort. Sie fragt nach, wie es zu der Aussage kommen könne, dass für diese Betreuungsform kein Bedarf bestehe. Sie selbst habe zur Einschulung ihrer Tochter ein Anschreiben der Stadt Monheim am Rhein erhalten, in dem ausgeführt worden sei, dass die Nachfrage höher sei als die zur Verfügung stehenden Plätze.

Der Bürgermeister erklärt, dass hier zwischen der offenen Ganztagsbetreuung und der sogenannten acht-bis-ein-Betreuung zu unterscheiden sei. Die Anzahl der Plätze in der Halbtagsbetreuung würden sukzessive zurückgefahren. Eine funktionierende acht-bis-ein-Betreuung könne nicht aufrechterhalten werden. Alle Kinder, die jetzt in der acht-bis-ein-Betreuung sind, können diese bis zum Ende ihrer Grundschulzeit nutzen. Neue Kinder würden nicht mehr aufgenommen, es sei denn, Plätze würden frei, wenn Kinder vor der 4. Klasse abgemeldet würden.

Eine weitere Einwohnerin meldet sich zu Wort und fragt nach, ob es nicht möglich wäre, diese Betreuungsform an einigen Grundschulen weiter anzubieten, da die Lottenschule und die Astrid-Lindgren-Schule sich auf einem Grundstück befinden würden.

Der Bürgermeister führt aus, dass an den beiden Schulen die meisten Nutzerinnen und Nutzer der acht-bis-ein-Betreuung zu finden seien. Die Betreuung sei kein städtisches Angebot, sondern um ein Angebot der Träger des Offenen Ganztags. An zwei der sechs Standorte hätten die Träger dieses Angebot bereits auslaufen lassen. Dort habe es keinerlei Reaktionen dazu gegeben. In der Armin-Maiwald-Schule seien 5 Kinder in dieser Betreuungsform wo dieses Angebot aus-

laufen werde. Im Schulzentrum Lottenstraße mit der Astrid-Lindgren-Schule und der Lottenschule und in der Winrich-von-Kniprode-Schule seien bis zu 20 Kinder jeweils in dieser Betreuung. Es sei sinnvoller, die Mittel für die Träger in den Ganztagsbetreuung zu investieren. Mit den Trägern seien verschiedene Abholzeiten (15 Uhr statt 16 Uhr) in der Ganztagsbetreuung als Alternative zur Halbtagsbetreuung vereinbart worden. Die Stadt möchte damit allen Kindern eine Teilnahme an den Angeboten der Ganztagsbetreuung ermöglichen. Die Abholzeit um 15 Uhr schließe die Hausaufgabenbetreuung nicht mehr mit ein.

Frau Silvia Garn, deren Kind die Astrid-Lindgren-Schule im Offenen Ganztags besucht, erklärt, dass seitens des Bürgermeisters die Möglichkeit der Abholung der Kinder um 15:00 Uhr erwähnt worden sei. Sofern sie zu dieser Zeit ihr Kind aus dem Offenen Ganztags abholen würde, werde sie seitens der Betreuungskräfte aufgefordert, eine schriftliche Entschuldigung einzureichen oder das Kind erst um 16:00 Uhr abzuholen.

Bisher habe die Regelung gegolten, dass eine Abholung vor 16:00 Uhr grundsätzlich nicht möglich sei, erläutert der Bürgermeister. Dies sei nun geändert worden. Hier handele es sich demnach um ein Übergangsproblem, dass er entsprechend thematisieren werde. In der Trägerkonferenz sei dies mit allen Trägern und Schulleitungen kommuniziert worden.

Frau Garn bezweifelt die pädagogische Qualität des Offenen Ganztags, wenn Kinder vom Schulende bis zum Mittagessen kein Angebot in AGs bekommen.

Der Bürgermeister bittet Frau Garn diese Frage mit dem pädagogischen Personal vor Ort zu besprechen. Die Stadt stelle die Mittel für die Träger zu Verfügung. Diese bestimmen die Art und den Umfang des Angebotes. Die Verwaltung könne bei Bedarf das Gespräch moderieren.

Frau Schwarz gibt an, dass zahlreiche Eltern an einer Halbtagsbetreuung interessiert seien und fordert dies durch eine Bedarfsanalyse zu klären. Die Initiative habe über 1.000 Unterschriften gesammelt. Sie fragt hierzu, ob der Bürgermeister ein unpassendes Ergebnis befürchte.

Der Bürgermeister führt aus, dass eine Umfrage einen Bedarf zeigen könnte, für den aber letztlich keine Anmeldungen erfolgen würden. Die tatsächlichen Anmeldezahlen an den Grundschulen seien in den letzten Jahren rapide gesunken, weil immer mehr Kinder im Offenen Ganztags angemeldet wurden. Zurzeit haben 2/3 aller Kinder in Monheim am Rhein einen Ganztagsplatz.

Frau Sara Ley möchte wegen ihrer Arbeit im Schichtdienst ihr Kind bereits ab 14 Uhr aus dem offenen Ganztags abholen können.

Der Bürgermeister weist die Fragestellerin darauf hin, dass dies dem Antrag der Initiative entspricht. Aus seiner Sicht leide die Betreuung insgesamt darunter, wenn einzelne Kinder zu früh abgeholt werden könnten. Für die verbleibenden Kinder könne kein planbares Angebot mehr stattfinden. An allen Standorten gab es verschiedene Modelle mit verschiedenen Abholzeiten. Diese sollen jetzt vereinheitlicht werden. Die Abholzeit soll um 15 Uhr und um 16 Uhr sein. In der Zeit dazwischen findet die Hausaufgabenbetreuung statt. Als Kompromiss ist die weitere Abholzeit um 15 Uhr jetzt für alle Einrichtungen verbindlich vorgeschrieben. Dafür sei die Anwesenheit der Kinder bis 16 Uhr nicht mehr verpflichtend.

Die Einwohnerin fragt nach, warum ein vergleichbares Angebot bzw. eine sichere Schule bis 13 Uhr in anderen Städten verfügbar und ob dies mit anderen Trägern in Monheim möglich sei.

Der Bürgermeister erwidert, dass dies auch in der Vergangenheit von den Trägern hier geleistet wurde. Im Vergleich zur Stadt Langenfeld seien hier mehr Ganztagskinder. Er wiederholt die Ausführungen zu den Anmeldezahlen, die dazu führen, dass die Gruppen nicht mehr ausreichend besetzt und die pädagogischen Kräfte nicht sinnvoll eingesetzt seien.

Herr Moritz Peters ergreift das Wort für die Elterninitiative und fragt ob das Interesse der Träger an der Ganztagsbetreuung zu Lasten der Halbtagsbetreuung vom Umfang der Fördermittel abhängt.

Im Weiteren bittet er um eine Stellungnahme der Verwaltung, wie sie zu der Frage stehe, das die Abschaffung der Halbtagsbetreuung Familien finanziell belastet und das Familienleben in der Woche beeinträchtigt.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass die Form der Einwohnerfragezeit in dieser Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses nicht dem Dialog gerecht würde, der bereits vor den Sommerferien mit dem Fragesteller in der Angelegenheit geführt wurde. Der Bürgermeister wiederholt daraufhin kurz die in diesem Gespräch dargelegte Aussage, dass die Finanzierung kein ausschlaggebendes Kriterium sei. Er respektiere die Entscheidung der Eltern über die Erziehung ihrer Kinder und weist aber darauf hin, dass die Kinder keine weiteren schulischen Verpflichtungen nach dem Verlassen des Offenen Ganztages mehr hätten. Die vorgesehene Änderung lasse den Familien einen ausreichenden Spielraum.

Frau Nicole Krug bemängelt, dass durch die Abschaffung der Halbtagsbetreuung in das Familienleben eingegriffen würde.

Der Bürgermeister wiederholt die bereits von ihm getätigten Ausführungen.

Eine Einwohnerin wendet ein, dass die Kinder in die Ganztagsbetreuung gezwungen würden, wenn man einer Teilzeittätigkeit nachgehen möchte. Der Bürgermeister stellt noch einmal die Anzahl der verschiedenen Plätze im Stadtgebiet vor. In dem Schuljahr 2014/15 sind 1.485 Kinder in den Grundschulen. Davon sind 883 im Ganztags, 537 Kinder besuchten die Schule halbtags und sind ohne Betreuung. Lediglich 65 Kinder nehmen das acht-bis-ein-Angebot wahr. Das Anmeldeverfahren war in diesem Schuljahr nicht beschränkt.

Herr Daniel Eulenberg berichtet von seiner Einschätzung, die sich nicht mit den vorliegenden Zahlen deckt. Den Eltern wäre auch erst auch Nachfrage mitgeteilt worden, dass es diese Betreuungsform zukünftig nicht mehr gebe. Er vermute, dass einige Eltern die Ganztagsbetreuung wählen, um für den Fall vorbereitet zu sein, wenn sie aus beruflichen Gründen die Kinder nicht zeitig abholen können.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass der Sachverhalt auch über die Internetseiten der Schulen bzw. der Träger verfügbar seien. Der Trend gehe eindeutig zur Ganztagsbetreuung und die Stadt Monheim am Rhein investiere wie keine andere Stadt in die Qualität der Betreuung um diese kontinuierlich zu verbessern. Es ist daher für alle Kinder sinnvoll, dieses Angebot in Anspruch zu nehmen.

Herr Eulenberg vermutet, dass gerade durch die Art der Finanzierung es für die Träger interessant ist, besonders viele Kinder in die Ganztagsbetreuung aufzunehmen.

Eine Einwohnerin fasst die gestellten Fragen zusammen und bittet die Bedarfsabfrage durchzuführen.

Der Bürgermeister erklärt sein Verständnis für die vorgetragenen Argumente und Positionen der Fragestellerinnen und Fragesteller. Er verweist nochmals auf die vorliegenden Zahlen.

Die Vertreterin der Initiative übergibt dem Bürgermeister eine Unterschriftenliste mit 1029 Unterschriften, deren Unterzeichner sich für die Beibehaltung einer Halbtagsbetreuung für Grundschüler aussprechen.

3.2 Verkehrsregelung Birkenweg

Herr Markus Müller-Krott fragt nach, ob und wie die Vorschläge aus dem Orts-termin berücksichtigt würden.

Der Bürgermeister gibt den Anwesenden einen kurzen Überblick über den Orts-termin vom 31. August 2015 am Birkenweg. Er hat sich dort mit einigen Vertre-tern der Verwaltung, der Unteren Straßenverkehrsbehörde den Fragen und Anre-gungen von ca. 40 - 50 Anwohnerinnen und Anwohnern gestellt. Ihr Wunsch ist es, die Einbahnstraßenregelung wieder einzuführen. Die dort erörterte Parkplatz-situation sei unabhängig von einer Einbahnstraßenregelung. Der Bürgermeister erklärt, dass die Zahl der Parkplätze nicht geringer sein wird, als die Zahl der bis-lang genutzten zulässigen Plätze.

Die Straßenverkehrsordnung lasse für den Birkenweg keine Einbahnstraßenrege-lung zu. Verkehrsbelastungen durch Durchgangsverkehr oder ein enger Straßen-querschnitt mit hoher Verkehrsdichte liegen im Birkenweg nicht vor. Seit mehre-ren Jahrzehnten hat eine Einbahnstraßenregelung bestanden, die nicht zulässig gewesen ist. Die von den Anwohnerinnen und Anwohnern im Ortstermin einge-brachten Vorschläge werden bei der Planung der Parkflächen berücksichtigt. Der Bürgermeister bekräftigt sein Angebot nach den Osterferien 2016 mit Vertretern der Verwaltung die neue Situation am Birkenweg zu besprechen.

Auf die Frage von Frau Müller-Krott erläutert der Bürgermeister die Bedeutung des Begegnungsverkehrs und der Verkehrsbelastung im Birkenweg. Er gibt zu bedenken, dass der Birkenweg heute als verkehrsberuhigter Bereich errichtet worden wäre.

Die Parkverbotszonenregelung werde u.a. eingeführt, um die Kurvenbereiche von parkenden Wagen freizuhalten. Zudem werde die Durchfahrt für z.B. Müllfahr-zeuge oder die Feuerwehr verbessert.

Die Einwohnerin Hannah Stief sagt, dass sie als Radfahrerin in diesem Bereich von Autofahrern schlecht zu sehen sei.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Fahrradkonzept der Anlass gewesen sei, auch die Regelung auf dem Birkenweg zu überprüfen. Es wurden alle Einbahn-straßen im Stadtgebiet daraufhin untersucht, ob dort der Fahrradverkehr in Ge-genrichtung erlaubt werden könnte. Er führt aus, dass die zu schaffenden Park-zonen den Kurvenbereich entschärfen werden. Die Markierungsarbeiten hierzu werden voraussichtlich in den nächsten vier bis sechs Wochen erfolgen.

4 Einwohneranregung gem. § 24 GO NRW vom 25.08.2015 – Rücknahme der Aufhebung der Einbahnstraßenregelung auf dem Birkenweg

Vorlage: IX/0488

Protokoll:

Der Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen führt das Problem auf die fehlerhafte Informationspolitik zurück, wofür sich die Verwaltung bereits entschuldigt habe. Er erklärt, sich dem Vorschlag der Verwaltung anzuschließen. Der Bürgermeister erwidert, dass es ein Missverständnis innerhalb der Verwaltung gegeben habe. Die städtischen Betriebe wurden gefragt, wann sie die Verkehrsschilder demontieren könnten, diese haben dies bereits als Auftrag aufgefasst und sofort umgesetzt. Die bereits vorbereiteten Informationen an die Anwohnerinnen und Anwohner des Birkenwegs waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht verteilt. Bevor die Information angepasst und verteilt werden konnte, hatten schon die ersten Anwohnerinnen und Anwohner bei der Verwaltung angerufen. Daher war es nicht möglich, wie geplant, die Betroffenen im Vorfeld zu informieren und dann die Maßnahme umzusetzen.

Die Sprecherin der Ratsfraktion PETO äußert, dass die geänderte Verkehrsführung zu einer Verbesserung der Situation führen werde.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion trägt vor, dass er die Stellen der Fahrradbeauftragten sowie die von sämtlichen sonstigen Beauftragten einsparen würde. Jetzt würde sich zeigen, dass diese nach den ersten Amtsjahren alle wichtigen Themen bearbeitet haben und sich jetzt um Vorhaben kümmern, die unnötig seien. Der Bürgermeister würde dies jedoch begrüßen, stelle dann vor Ort aber fest, dass keiner die Vorschläge der Fahrradbeauftragten möchte und sortiere obendrein das Parken um und macht weitere Konzepte. Ihn erinnere dies an Schilda. Er spricht die Fahrradbeauftragte namentlich an und hofft, dass ihr zukünftig bessere Tätigkeiten zugewiesen werden. Die Änderungen würden nur gemacht, um die Stelle zu rechtfertigen. Die CDU-Ratsfraktion sieht keinen Handlungsbedarf und stimmt dem Antrag der Einwohner zu.

Der Bürgermeister verwehrt sich ausdrücklich dagegen, dass einzelne Beschäftigte der Verwaltung angegriffen werden. Die Beschäftigten treffen Entscheidungen nicht alleine. Die Entscheidungen sind in der Verwaltung abgestimmt.

Die SPD-Ratsfraktion fragt nach, warum die Vorlage nicht in den Fachausschuss verwiesen werden soll. Ansonsten stellt sie den Antrag, die Vorlage in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen und dort weiter zu beraten.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass das Verfahren für Anregungen und Beschwerden geändert wurde. In der letzten Wahlperiode seien diese Dinge immer sofort im Rat diskutiert worden. Dieser habe oft empfohlen, dies an den Fachausschuss abzugeben. Das Verfahren in der jetzigen Wahlperiode sehe vor, Anregungen und Beschwerden im Haupt- und Finanzausschuss zu besprechen. Es sei nicht im Sinne der Bevölkerung zur Ratssitzung eingeladen zu werden, um dann erneut bis zur Beratung im Fachausschuss zu warten.

Die Vertreterin der FDP schließt sich inhaltlich den Äußerungen der CDU-Ratsfraktion an. Aus ihrer Sicht sei die neue Verkehrsregelung nicht zwingend. Sie spricht sich für die Einbahnstraßenregelung aus, die sich über Jahrzehnte bewährt habe. Sie erklärt, der Beschlussvorlage so nicht zuzustimmen. Soweit die neue Verkehrsregelung zwingend sei, erschließe sich ihr nicht der Sinn eines weiteren Ortstermins im kommenden Jahr.

Die Sprecherin der Fraktion PETO äußert sich dahin gehend, dass die Jahrzehn-

te alte Regelung die StVO verfehlt. Die Verpflichtung der Unteren Straßenverkehrsbehörde ist es, die StVO durchzusetzen. Auch aus ihrer Sicht ist eine Neuregelung der Parkplätze erforderlich.

Der Sprecher der CDU-Ratsfraktion verteidigt noch einmal seinen Standpunkt, der Einwohneranregung zuzustimmen. Die Qualität der Arbeit der Fahrradbeauftragten stelle er nicht in Frage. Aus seiner Sicht sei es wichtiger, sich um den Zustand eines verlassenen und verwahrlosten Hauses auf dem Birkenweg zu kümmern. Diesem Problem sehe sich die Verwaltung seit Jahren nicht gewachsen. Auch greift er noch einmal die Änderung zu den Beratungen von Anträgen und Beschwerden gem. § 24 GO NRW auf und erklärt, diese in die Fachausschüsse verweisen zu wollen. Es könne nicht sein, dass über Bürgeranträge nur noch einmal statt wie bisher zweimal gesprochen würde. Dies würde die Transparenz einschränken. Er wirft dem Bürgermeister vor, dass ihm der Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung genehm sei.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Mehrheitsverteilung im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr nicht anders sei als im Haupt- und Finanzausschuss. Er verwehrt sich nochmals gegen Angriffe auf einzelne Beschäftigte der Stadtverwaltung. Er erklärt, als politisch gewählter Amtsinhaber könne er dies aushalten und mit solchen Konfrontationen leben. Er empfinde Äußerungen über das leerstehende Haus am Birkenweg in diesem Zusammenhang als populistisch. Von dem Gebäude auf dem umzäunten Grundstück geht keine Gefahr aus. Auch wenn es verheerend aussehe, dürfe die Stadt nicht in das durch das Grundgesetz geschützte Eigentum eingreifen. Der Bürgermeister stellt noch einmal die Verbesserung auf den Straßenverkehr durch die neue Verkehrsregelung auf dem Birkenweg heraus und wiederholt die einzelnen Gründe.

Der Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen greift noch einmal die Frage der Verweisung in Fachausschüsse auf. In bestimmten Fällen könne er sich eine weitere Beratung im zuständigen Fachausschuss vorstellen.

Abstimmung zur Geschäftsordnung

Die SPD-Ratsfraktion beantragt diese Einwohneranregung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

Dafür: SPD-Ratsfraktion;

dagegen Ratsfraktion PETO, Bürgermeister

Enthaltung: CDU-Ratsfraktion, FDP, Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Linke

Beschlussempfehlung

Der Anregung, die erfolgte Aufhebung der Einbahnstraßenregelung für Kraftfahrzeuge zurückzunehmen und nur für Radfahrer zu belassen, wird nicht gefolgt.

Dafür: Ratsfraktion PETO, Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Bürgermeister

Dagegen: CDU-Ratsfraktion, FDP, SPD-Ratsfraktion

Enthaltung: Linke

mehrheitlich zugestimmt

Ja 13 Nein 5 Enthaltung 1

5 Einwohneranregung gem. § 24 GO NRW vom 8. Juni 2015 - Bedarfsabfrage

Halbtagsbetreuung bis 14 Uhr

Vorlage: IX/0479

Protokoll:

Der Sprecher der Ratsfraktion PETO verweist auf die umfangreiche inhaltliche Diskussion und legt noch einmal die Gründe für das Auslaufen der acht-bis-ein-Betreuung dar und beschreibt die Probleme bei einer Bedarfsbefragung. Aus seiner Sicht ist es schwierig, die Kriterien für den zu befragenden Personenkreis zu bestimmen. Er erklärt, dass die Kinder mit dieser Maßnahme nicht in den Ganztags gedrängt werden sollen.

Die Vertreterin der FDP-Ratsfraktion bedankt sich bei der Elterninitiative. Auch sie erklärt, dass die Motive der Eltern nicht zu hinterfragen seien. Sie widerspricht der Aussage, dass die pädagogische Qualität im Ganztags höher sei als in der 13 Plus-Betreuung und zweifelt an der Aussagekraft der vorliegenden Zahlen. Durch das Auslaufendes Halbtagsangebotes würden die Eltern faktisch in die Ganztagesbetreuung gezwungen. Sie spricht sich dafür aus, den Eltern die Wahlmöglichkeit zu lassen und soweit dies wirtschaftlich möglich ist, diese Betreuungsform aufrecht zu erhalten.

Um die Mutmaßungen zu beenden, spricht sich die Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen für eine Umfrage in den Kindertagesstätten aus, deren Kinder in den nächsten zwei Jahren in die Schule wechseln. Den Wunsch der Eltern, mehr Zeit mit den Kindern zu verbringen, sollte man unterstützen. Die Kinder in der Halbtagsbetreuung wurden nicht von pädagogischem Personal sondern von Müttern und Vätern betreut. Dies sei günstig zu leisten und finanzierbar. Kosten hierfür sollten keine Rolle spielen.

Die SPD-Ratsfraktion beantragt die Einwohneranregung im zuständigen Fachausschuss zu beraten. Sie erklärt, nicht der Argumentation des Bürgermeisters folgen zu wollen, da die neue Regelung zur Behandlung von Anfragen / Beschwerden nach § 24 GO NRW durch den Haupt- und Finanzausschuss nur zur Entlastung des Rates dienen sollte. Die acht-bis-ein-Betreuung findet parallel zur Schulzeit statt und ist vor zwei Jahren noch von 120 Kindern und im letzten Jahr nur noch von 65 Kindern genutzt worden. Aus ihrer Sicht liegt das daran, dass ein Angebot kostenpflichtig sei und das andere nicht. Der Sprecher der SPD-Ratsfraktion erinnert daran, dass sie im vergangenen Jahr den Antrag gestellt haben, auch die Halbtagsbetreuung kostenlos anzubieten, dem alle gefolgt seien. Die Träger schließen anscheinend daraus, dass damit das Auslaufen dieser Betreuungsform beschlossen sei. Die Bedarfsabfrage durch die Verwaltung sei jederzeit möglich. Die von der Ratsfraktion PETO genannten Probleme werden von ihr nicht gesehen. Die SPD-Ratsfraktion wendet sich gegen die Äußerungen des Bürgermeisters zur Unterschriftsliste und nimmt an, dass die Unterzeichner ein berechtigtes Interesse an der Fortführung der Halbtagsbetreuung haben. Ihr sei bislang unbekannt, dass an zwei Grundschulen die Halbtagsbetreuung bereits eingestellt sei. Darüber sei im Fachausschuss nicht informiert worden. Das Ganztagsangebot schein qualitativ wertvoller als die Halbtagsbetreuung zu sein. Die Hausaufgabenbetreuung sei lediglich eine Beaufsichtigung, inhaltliche Betreuung ist nicht gewährleistet. Den Eltern soll die Wahlmöglichkeit nicht genommen werden, daher sei eine Bedarfsabfrage, wie schon zu anderen Dingen, der richtige Weg. Die SPD-Ratsfraktion werde die Einwohneranregung weder ablehnen noch heute abschließend beraten.

Der Bürgermeister kündigt an, dass dieser Tagesordnungspunkt im Haupt- und

Finanzausschuss noch abgeschlossen werden soll. Die Sitzung werde dann für die Sondersitzung des Rates unterbrochen und anschließend fortgesetzt.

Er stellt klar, dass die Halbtagsbetreuung den Eltern von den Trägern angeboten werde. Die Stadt habe dies in der Vergangenheit auch nicht finanziert. Die Eltern haben Verträge mit den Trägern geschlossen und diese haben die Halbtagsbetreuung selbst finanziert. An der Hermann-Gmeiner-Schule und der Grundschule am Lerchenweg lagen nicht mehr genug Anmeldungen für die Aufrechterhaltung der Halbtagsbetreuung vor. Die Träger könnten dieses Angebot einstellen, ohne die Stadt um Erlaubnis zu fragen. Gleiches wäre, ohne die aktuelle Diskussion, auch bei der Armin-Maiwald-Schule der Fall gewesen. Dort sind aktuell 5 Kinder in der Betreuung. Die Einstellung des Angebotes ist nicht heimlich geschehen, sondern die Träger hatten nachvollziehbar keine andere Wahl, als das Angebot an diesen Schulen zu beenden.

Der Bürgermeister erinnert an die Beschlusslage zur acht-bis-ein-Betreuung. Den Antrag einer Fraktion, die acht-bis-ein-Betreuung beitragsfrei zu stellen wird dadurch erreicht, dass die Träger Geld in Höhe der bisherigen Elternbeiträge von der Stadt erhalten. Die Träger erlassen im Gegenzug den Eltern den Beitrag. Die Betreuungsverträge werden quasi kostenfrei gestellt. Mit der Mittelfristigen Finanzplanung sind für die Folgejahre geringer werdende Zuschüsse geplant. Ab Sommer 2018 sind keine Mittel mehr veranschlagt. Ein Beschluss, das Angebot abzuschaffen, ist nicht erfolgt. Seiner Auffassung nach sei die Zahl der tatsächlichen Anmeldungen unter regulären Bedingungen die beste mögliche Bedarfsabfrage. Die Entscheidung, das Angebot auslaufen zu lassen, ist erst danach getroffen worden.

Zum Antrag auf Vertagung in den Jugendhilfeausschuss weist der Bürgermeister darauf hin, dass dieser in seiner Sitzung am 10.06.2015 bereits über einen Antrag einer Fraktion entschieden habe, der fast wortgleich mit dem Antrag der Elterninitiative ist. Zu Beginn der Unterschriftenaktion wurde beantragt, noch vor den Sommerferien eine Bedarfsabfrage durchzuführen. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Die CDU-Ratsfraktion schließt sich den Ausführungen der Vorredner an. Sie hält den tatsächlichen Bedarf für höher als die genannten 65 Plätze. Die ehrenamtlichen Vertreter im Rat haben den Antrag auf "Beitragsbefreiung" in der Haushaltsplanung unterstützt, aber möglicherweise dabei die Mittelfristige Finanzplanung nicht im Blick gehabt und die Auswirkungen nicht erkannt. Sollte ein entsprechender Bedarf erkannt werden, könne die Entscheidung überdacht werden. Die Argumente der Ratsfraktion PETO gegen die Bedarfsabfrage halte sie nicht für stichhaltig. Vor vier Jahren ist eine komplette Schulform aufgrund einer Bedarfsabfrage geschlossen worden. Die Bedarfsabfrage sei hier auch sinnvoll, zumal der Bürgermeister in der Fragestunde über die unterschiedlichen Kosten der Betreuungsformen ausgeführt habe. Eine Vertagung halte sie hier für gerechtfertigt, da die Schulen und Träger dort die Möglichkeit hätten, sich zu äußern.

Eine Vertagung ist aus Sicht der Sprecherin der PETO-Fraktion bei diesem Tagesordnungspunkt nicht erforderlich, da das Ansinnen der Antragsteller bereits seit den Sommerferien bekannt sei. Gespräche mit den Eltern und den Trägern seien bereits erfolgt und der Fachausschuss hat schon darüber beraten. Sie zitiert aus dem Protokoll zur Haushaltsplanberatung und weist darauf hin, dass der Auslauf des acht-bis-ein-Modells dort ausführlich besprochen wurde. Mit der Entscheidung über den Auslauf dieses Modells sei keine Entscheidung über die Qualität der Angebote getroffen worden. Bei der Entscheidung über die Abschaffung der Halbtagsbetreuung habe die Ratsfraktion PETO sich von der Frage leiten lassen, welche Qualität im Offen Ganztage geleistet werden könne, wenn

festen Abholzeiten bestünden. Es habe sich nicht um eine wirtschaftliche Entscheidung gehandelt. Sie führt aus, dass auch die Träger daran interessiert seien, den offenen Ganztag auszubauen.

Die Sprecherin der Ratsfraktion PETO erklärt, dass die Kindergartenbedarfsplanung nicht mit der hier zur Diskussion stehenden Bedarfsabfrage vergleichbar sei. Die Zahl der bei der Bedarfsabfrage zu berücksichtigenden Kriterien ist ungleich größer und die Gruppe der zu befragenden Personen schwer bestimmbar. Zudem sei dies eine Momentaufnahme der Bedürfnisse der Befragten und kann von den in Anspruch genommenen Plätzen abweichen. Daher sei die Bedarfsplanung auf Grundlage der tatsächlichen Anmeldezahlen erfolgt.

Im Weiteren führt sie aus, dass die Betreuung und die Abholzeiten in anderen Städten, wie z.B. in Langenfeld, nicht mit denen in Monheim vergleichbar seien. Aus ihrer Sicht liefere eine Bedarfsabfrage keine neuen Erkenntnisse. Daher werde die PETO dem Antrag nicht zustimmen.

Der Vertreter von Bündnis 90 / Die Grünen berichtet, dass der Antrag, die acht-bis-ein-Betreuung kostenfrei anzubieten von ihnen eingebracht wurde. Er erklärt, einer Vertagung in den Jugendhilfeausschuss zuzustimmen. Aus seiner Sicht liege das Verhalten der Träger auch an der nicht hinreichend geklärten Frage der Finanzierung durch die Stadt.

Der Sprecher der CDU-Ratsfraktion weist darauf hin, dass bei der Diskussion verschiedene Themen vermischt werden. So sei die Qualität der Betreuung nicht Thema der Bedarfsabfrage. Er erinnert an die Bedarfsabfrage zur Sekundarschule deren Ergebnis übernommen wurde. Die CDU-Ratsfraktion sieht einen Dissens zwischen den Zahlen der Verwaltung und dem geäußerten Bedarf, den der Jugendhilfeausschuss bei einer Bedarfsabfrage bewerten könne. Alle bislang getätigten Äußerungen seien subjektiv. Er stimme einer Vertagung in den Jugendhilfeausschuss zu.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass der Jugendhilfeausschuss bereits ausführlich über diese Thematik beraten habe. Zu diesem Zeitpunkt der Beratung habe der Text der jetzigen Vorlage bereits vorgelegen und die Bürgerinitiative hatte bereits bestanden. Er sieht daher keinen Sinn darin, die Vorlage dorthin zurück zu vertagen. Der Vergleich mit der Sekundarschule greife nicht, da hier eine Bedarfsabfrage über eine noch nicht bestehende Schulform ohne Anmeldeverfahren durchgeführt wurde. Im Hinblick auf die bevorstehende Sonderratssitzung und aus Rücksicht auf die wartenden Ratsmitglieder bittet der Bürgermeister zu einer Abstimmung zu kommen, da die Vorlage umfassend beraten worden sei.

Ein weiterer Sprecher der CDU-Ratsfraktion hält eine Bedarfsabfrage für sinnvoll. Er äußert, dass der Jugendhilfeausschuss die Vorlage teilweise auch deshalb abgelehnt habe, weil die Vertreter die Reaktion der Eltern abwarten wollten. Er verweist darauf, dass laufend Abfragen getätigt würden, aber dies in diesem Fall wohl nicht gewünscht sei. Aus Sicht der CDU-Ratsfraktion sei der tatsächliche Bedarf höher als die Anmeldezahlen dies vermuten ließen, daher müsse die Abfrage erfolgen. Dazu sei auch eine Beteiligung der Träger notwendig, um Richtlinien zur Bewertung festzulegen, die nur im Fachausschuss erfolgen könne. Die Aussagen der Betroffenen halte er für nachvollziehbar. Er spricht sich für eine Vertagung in den Jugendhilfeausschuss aus.

Der Vertreter der SPD-Ratsfraktion verweist auf die Haushaltsplanberatungen im JHA, bei der die Verwaltung sinkende Teilnehmerzahlen zugrunde gelegt hat. Sollte sich der Bedarf verändern, so könne der Haushaltsansatz auch wieder

überdacht und angepasst werden. Er schildert einen Einzelfall, den er nicht in der Statistik erkennt. Er äußerte auch betroffen gewesen zu sein, da er keinen Betreuungsplatz für seine Tochter finden konnte. Die Zahl der Ablehnungen würden in der Aufstellung nicht erscheinen. Daher spricht er sich für eine Bedarfsanalyse aus und beantragt die Verweisung in den Jugendhilfeausschuss um das Thema fachlich zu beraten.

Der Bürgermeister erinnert daran, dass in der fraglichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Schulleiterin im Namen aller Grundschulleitungen erklärt hat, dass es richtig sei, die acht-bis-ein-Betreuung auslaufen zu lassen. Daher wird das Angebot auch sukzessiv zurückgefahren und keine neuen Kinder aufgenommen. Diese Eltern erhalten die Ablehnungsschreiben, von denen gesprochen wurde. Die Eltern der Kinder, die neu an die Grundschule wechseln, werden im Vorfeld über die Betreuungsformen informiert.

Die Sprecherin der FDP erklärt, dem Verweisungsantrag zuzustimmen, da sie den Trägern erneut die Möglichkeit geben will, auch bei Vorliegen der Finanzierung, das Angebot aufrecht zu erhalten.

Abstimmung zur Geschäftsordnung

Die SPD-Ratsfraktion beantragt die Vertagung der Einwohneranregung in den Jugendhilfeausschuss (JHA).

Abstimmungsergebnis:

Dafür: SPD-Ratsfraktion, Linke, Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, FDP, CDU-Ratsfraktion
Dagegen: Ratsfraktion PETO, Bürgermeister

Mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung TOP 5

Dafür: Ratsfraktion PETO, Bürgermeister

Dagegen: SPD-Ratsfraktion, Linke, Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, FDP, CDU-Ratsfraktion

Mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung

Der Anregung, den Bedarf zur Notwendigkeit eines Halbtagsbetreuungsmodells an Grundschulen bis 14 Uhr – inklusive eines Mittagessens sowie einer Ferienbetreuung – zu ermitteln wird nicht gefolgt.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 12 Nein 7

.

Protokoll:

Um 19:52 Uhr unterbricht der Bürgermeister die Sitzung für die Sondersitzung des Rates.

Um 21:34 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. Der Bürgermeister stellt die weitere Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vorlage: IX/0442

Protokoll:

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die als Anlage 1 der Vorlage beigefügte Rechnungsprüfungsordnung.

einstimmig zugestimmt

**7 Neue Dienstanweisung für die Rechnungsprüfung
Vorlage: IX/0443**

Protokoll:

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Beschlussempfehlung

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die als Anlage 1 der Vorlage beigefügte Dienstanweisung.

einstimmig zugestimmt

**8 Bericht über die Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Monheim am Rhein 2010
Vorlage: IX/0475**

Protokoll:

Der Bürgermeister erläutert, dass Herr Hüser bereits im Rechnungsprüfungsausschuss ausführlich über das Prüfergebnis berichtet hat. Die Anlagen 2 und 3 liegen als Neudruck an den Plätzen aus.

Der Bürgermeister erklärt, dass er nicht zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlags abstimmt und stellt den Beschlussvorschlag in Gänze zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

1. Der Ausschuss macht sich den Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Gesamtabschlusses 2010 und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zu eigen und fasst das Ergebnis seiner Beratungen in dem anliegenden Bestätigungsvermerk, der in der Sitzung vom Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses unterzeichnet wird, zusammen.
2. Der Ausschuss empfiehlt dem Rat gemäß § 116 i.V.m. §§ 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die Bestätigung des Gesamtabschlusses zum 31.12.2010.
3. Der Ausschuss empfiehlt den Ratsmitgliedern gemäß § 116 i.V.m. § 96 Abs. 1 S. 4 GO NRW die Entlastung des Bürgermeisters.

einstimmig zugestimmt

- 9 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 / Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses**
Vorlage: IX/0459

Protokoll:

Der Bürgermeister erklärt, dass er nicht zu Ziffer 3 des Beschlussvorschlags abstimmt und stellt den Beschlussvorschlag in Gänze zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

1. Der Ausschuss macht sich den Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zu eigen und fasst das Ergebnis seiner Beratungen in dem anliegenden Bestätigungsvermerk, der in der Sitzung vom Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses unterzeichnet wird, zusammen.
2. Der Ausschuss empfiehlt dem Rat gemäß §§ 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2013.
3. Der Ausschuss empfiehlt den Ratsmitgliedern gemäß § 96 Abs. 1 S. 4 GO NRW die Entlastung des Bürgermeisters.

einstimmig zugestimmt

- 10 Regelung der Grundsätze über Art, Umfang und Dauer der Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 I GemHVO NRW**
Vorlage: IX/0426

Protokoll:

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Beschlussempfehlung

Der Rat stimmt der Regelung des Bürgermeisters über Art, Umfang und Dauer von Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 I der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) zu. Die als Anlage 1 der Vorlage beigefügte Regelung wird Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 11 Beschluss über die Verwendung des Jahresüberschusses 2013**
Vorlage: IX/0474

Protokoll:

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Beschlussempfehlung

Der Rat beschließt, den Jahresüberschuss 2013 in Höhe von 148.270.945,77 € zur Erhöhung der Ausgleichsrücklage in Höhe von 49.506.888,19 € und zur Erhöhung der allgemeinen Rücklage in Höhe von 98.764.057,58 € zu verwenden.

einstimmig zugestimmt

- 12 Unterjähriger Bericht zum Stichtag 30.06.2015 - Gesamtverwaltung und Querschnittsbereiche**
Vorlage: IX/0464

Protokoll:

Es erfolgt keine Wortmeldung.

einstimmig zugestimmt

- 13 Auftrag zur Planung einer Sporthalle auf der BSA Waldbeerenberg**
Vorlage: IX/0460

Protokoll:

Der Sprecher der CDU-Ratsfraktion erinnert an die artenschutzrechtliche Überprüfung für dieses Gebiet, die keine Probleme erkennen ließe. Er weist auf einen Bericht des NABU - Naturschutzbund Deutschlands hin der Feldlerchen in Baumberg Ost gesichtet habe und fragt, ob dies die Planungen beeinflussen würde. Der Bürgermeister führt aus, dass der Kreis als Untere Landschaftsbehörde nicht mehr zuständig ist. Der Bebauungsplan ist rechtskräftig und kann umgesetzt werden. Fragen der o.g. Art haben für das weitere Verfahren keine Bedeutung.

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung um eine Sporthalle auf der Bezirkssportanlage Waldbeerenberg zu ergänzen und diese anschließend den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung (Baubeschluss) vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Hauptnutzern der zukünftigen Sportanlage, den Sportfreunden Baumberg und dem BTSC, die Anlagenkonzeption abzustimmen.
3. Die erforderlichen zusätzlichen Haushaltsmittel in Höhe von 1.820.000 Euro für die Maßnahme werden in die Haushaltsplanberatungen 2016 eingebracht.

einstimmig zugestimmt

- 14 Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Kanalauswechslung Hauptstraße**
Vorlage: IX/0451

Protokoll:

Auf Nachfrage der CDU-Ratsfraktion erläutert die Verwaltung, dass sich aufgrund einer noch ausstehenden Zusage des Landesbetriebes Straßenbau NRW der Beginn der Baumaßnahme verzögert. Es wird der Baubeginn nach Karneval 2016 angestrebt. Die Hauptstraße wird in 5 Bauabschnitte unterteilt. Jeder Bauabschnitt wird einer Vollsperrung unterliegen, da auch die Baufahrzeuge an der Baugrube entlang geführt werden müssen.

Beschlussempfehlung

Für die „Kanalauswechslung Hauptstraße“, Investitionsnummer I 6005.003, werden 180.000,00 € überplanmäßig bereitgestellt.

Zur Deckung werden die Finanzmittel bei dem Sachkonto 543 1700 „Aufwendungen für Gutachten“ (KST 60.05.00 und KTR 11.03.00.00) sowie bei dem Sachkonto 521 6000 „Aufwendungen zur Unterhaltung des Infrastrukturvermögens,“ (KST 60.05.000 und KTR 11.03.00.00) bereitgestellten Mittel herangezogen.

einstimmig zugestimmt

- 15** **Überplanmäßige Mittelbereitstellung für die Kanalbaumaßnahme Bypass Rathausparkplatz**
Vorlage: IX/0463

Protokoll:

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Beschlussempfehlung

Für die „Kanalbaumaßnahme Bypass Rathausparkplatz“, Investitionsnummer I6005.040, Sachkonto 0441003, Kostenstelle 6005101, Kostenträger 11030160 werden 245.000,00 € überplanmäßig bereitgestellt.

Zur Deckung werden 245.000,-- € die bei der Investitionsnummer I6005.041 „Erschließung Baumberg-Ost Nordvariante Kanal“ (Kanal Waldbeerenberg), Sachkonto 0951033, Kostenstelle 6005001, Kostenträger 11030160 zur Verfügung stehenden Mittel herangezogen.

einstimmig zugestimmt

- 16** **Annahme einer Schenkung**
Vorlage: IX/0431

Protokoll:

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Beschlussempfehlung

Die Stadt nimmt die Schenkung des Herrn Emil Drösser in Form des Glockenspiels und des „Bibi-Brunnens“ am Doll Eck an.

einstimmig zugestimmt

- 17** **Neubau der Kindertagesstätte am Allwetterbad
-Baubeschluss-
Vorlage: IX/0375**

Protokoll:

Herr Nagy macht Ausschließungsgründe zu diesem Tagesordnungspunkt geltend und geht in den Zuschauerraum.
Es erfolgt keine Wortmeldung.

Beschlussempfehlung

1. Der Neubau der Kindertagesstätte am Allwetterbad ist entsprechend der Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt über die im Teilfinanzplan B mit 1. Nachtragssatzung zum Haushalt 2015 unter I 7102.075 bereit gestellten Haushaltsmittel in Höhe von 3.300.000 Euro.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 18 Befangen 1

- 18** **1. Änderung der "Förderrichtlinien Fassadenprogramm der Stadt Monheim
am Rhein"
Vorlage: IX/0432**

Protokoll:

Herr Poell macht Ausschließungsgründe zu diesem Tagesordnungspunkt geltend und geht in den Zuschauerraum. Herr Nagy nimmt weiter an der Sitzung teil.
Es erfolgt keine Wortmeldung.

Beschlussempfehlung

Die 1. Änderung der Richtlinien „Förderrichtlinien Fassadenprogramm der Stadt Monheim am Rhein“ wird in der als Anlage 1 der Beschlussvorlage beigefügten Fassung beschlossen.
Die Anlage 1 der Vorlage ist Bestandteil des Beschlusses.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 18 Befangen 1

- 19** **2. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über
die äußere Gestaltung der Gebäude zum Schutz und zur Aufwertung der
historischen Gestalt der Monheimer Altstadt"
Vorlage: IX/0433**

Protokoll:

Herr Poel nimmt weiter an der Sitzung teil.

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Beschlussempfehlung

Die 2. Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die äußere Gestaltung der Gebäude zum Schutz und zur Aufwertung der historischen Gestalt der Monheimer Altstadt“ wird in der Anlage 1 der Beschlussvorlage beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage 1 der Vorlage ist Bestandteil des Beschlusses.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 17 Enthaltung 2

20

Adventsaktionen in der Monheimer Innenstadt

Vorlage: IX/0478

Protokoll:

Die CDU-Ratsfraktion erklärt der Vorlage insgesamt zuzustimmen, gibt aber zu bedenken, dass durch die Aktion ehrenamtliches Engagement beeinträchtigt werden könnte. Bislang sei die Adventsbeleuchtung in Monheim und Baumberg von Privaten realisiert worden. Sie wiederholt ihre Anregung aus dem Wirtschaftsförderungsbeirat, das Gespräch mit diesen zu suchen.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Planung in Monheim mit dem Treffpunkt abgestimmt sei. Dieser begrüße das Vorhaben, da bislang auf der Krischerstraße keine Weihnachtsbeleuchtung vorhanden ist. Die Stadt füllt eine Lücke, die die Ehrenamtlichen nicht geschlossen hätten. Weitere Beleuchtungswünsche für das kommende Jahr 2016 würden in enger Abstimmung mit den Akteuren in Monheim und Baumberg besprochen.

Die Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen will der Maßnahme zustimmen, regt aber an, wegen des Energieverbrauchs der Eisbahn Kompensationsmaßnahmen z.B. den Betrieb durch Ökostrom, kostenlose Rückfahrt mit dem ÖPNV u.a., durchzuführen.

Der Bürgermeister sichert kurzfristig ein Gespräch mit der MEGA zu dem Thema zu.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, in der Vorweihnachtszeit zusätzliche Besuchsanlässe in der Innenstadt zu schaffen und dadurch den lokalen Einzelhandel zu stärken.

Der Bereitstellung überplanmäßiger Mittel gem. § 83 Absatz 2 GO NRW in Verbindung mit § 7 Absatz 1 der Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus zusätzlichen Mehrerträgen bei der Gewerbesteuer.

einstimmig zugestimmt

21

Mündliche Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

22

Mündliche Anfragen**Baumaßnahmen auf der Hauptstraße****Protokoll:**

Der Sprecher der CDU-Ratsfraktion bemängelt die Qualität der nach den Bauarbeiten zur Breitbandverkabelung wieder hergestellten Querung auf der Hauptstraße.

Die Verwaltung erläutert, dass die Baufirma die Arbeiten in mehreren Schritten erledigt. Ein weiterer Unternehmer schließt die Fahrbahndecke fachgerecht. Erst nach endgültiger Fertigstellung wird beurteilt, ob die Flächen ordnungsgemäß wiederhergestellt sind.

Fertigstellung Krischerstraße**Protokoll:**

Ein Sprecher der CDU-Ratsfraktion fragt an, wie die Nutzer der Krischerstraße die Parkflächen erkennen sollen, da das Kennzeichen "P" in den Boden der Parkplätze eingelassen sei. Autofahrer würden auch die restlichen Freiflächen zum Parken nutzen.

Des Weiteren sei zu klären, wie mit der Unfallgefahr der in die Fläche eingelassenen und überstehenden Stahlbleche der Baumumfassungen umgegangen werden soll. Die CDU-Ratsfraktion regt hier eine Nachbesserung an.

Darüber hinaus sei zu prüfen, warum die Fahrbahndecke wellenartig gekrümmt sei.

Die Verwaltung erklärt, dass ihr die Situation auf der Krischerstraße bekannt sei und sie ergänzend zu der Entwurfsplanung die Flächen mit Einrichtungsgegenständen ausstattete, um die vorgesehene Nutzung deutlich herauszustellen. Sie führt aus, dass die Flächen in den Umfassungen bepflanzt werden und somit die Umrandung nicht mehr hervortritt. Eine Unfallgefahr sei nicht absehbar.

Der Bürgermeister ergänzt, dass auf der Krischerstraße die Beschilderung und Markierung des Radweges noch erfolgen wird.

Die Form der Fahrbahndecke dient der Entwässerung und stellt das notwendige Gefälle sicher.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Anton Weber
Stellv. Schriftführerin